



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Paul Knoblach, Hans Urban, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Eva Lettenbauer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Eine andere Agrarpolitik ist möglich – beginnen wir jetzt mit dem ersten Schritt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine grundlegende Änderung der Agrarpolitik auszusprechen und sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- die flächengebundenen Direktzahlungen in der nächsten Förderperiode ab dem Jahr 2021 zu 40 Prozent an Umwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen gebunden werden,
- diese 40 Prozent für alle Mitgliedstaaten verbindlich festgeschrieben sind und
- für diese 40 Prozent gemeinsame Standards festgelegt werden, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Abschmelzen der Ersten Säule zugunsten der Zweiten Säule einzusetzen.

Begründung:

Die Agrarpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat schwerwiegende Folgen für Menschen, Tiere und Umwelt, wie Höfesterben, tierquälerische Missstände in der Tierhaltung, rapides Artensterben weltweit und das Anheizen der Klimakrise. Auch viele Landwirtinnen und Landwirte sind unzufrieden und fühlen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Agrarpolitik und mithin ihre negativen Auswirkungen werden durch Steuergelder über den EU-Haushalt für Agrarpolitik gefördert und die aktuellen Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik lassen keinen Systemwechsel erkennen. Dabei gibt es viele Vorschläge, wissenschaftliche Untersuchungen und Studien, dass und wie sich diese Agrarpolitik ändern muss. Damit muss jetzt begonnen werden und es sind erste Zwischenschritte für einen Umbau weg von den Flächenzahlungen und hin zu gesellschaftlichen Leistungen einzuleiten. Ein Abschmelzen der Ersten Säule und eine Abkehr von rein flächengebundenen Direktzahlungen sind die Voraussetzung für eine zukunftsgerechtere Entwicklung. Der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Umweltverbände oder der Bund deutscher Milchviehhalter, alle fordern Änderungen in der Agrarpolitik zu Gunsten der Bäuerinnen und Bauern und zu Gunsten von Umwelt, Klima und Tieren.

Die durch den EU-Austritt Großbritanniens erwarteten Kürzungen im Agrarbudget könnten dazu genutzt werden, mit dem Umbau der Landwirtschaftssysteme zu beginnen und statt Flächenbesitz nur noch dort zu fördern, wo gesellschaftliche Leistungen erbracht

werden. Gesellschaftliche Leistungen, wie sauberes Wasser, saubere Luft, Tierwohl und Artenvielfalt brauchen über den „Ausgleich“ hinaus Honorierung und Anerkennung. Die Ökologisierung der Landwirtschaft und ihre Förderung über Haushaltsmittel, Beratung, Bildung usw. ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Rahmenbedingungen die politisch Verantwortlichen neu festlegen müssen.